

Haus- und Grundbesitzerbund begrüßt Diskussion um Änderung in der Wohnbauförderung

Wien (OTS) - „Wer Freiheit will, muss Eigentum schützen und fördern. Die Wohnbauförderung gehört dringend reformiert und Eigentumsbildung wieder zu einem realistischen Zukunftsmodell gemacht“, sagt Dr. Martin Prunbauer, Präsident des Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbundes (ÖHGB) zu möglichen Änderungen in der Wohnbauförderung. „Die von Gernot Blümel aufgegriffene Idee, zehn Prozent der Wohnbauförderung für Kaufanreize von Immobilien und damit zur Erleichterung des Eigentumserwerbs einzusetzen, können wir nur bekräftigen“, so Prunbauer in einer ersten Stellungnahme. Denn alle Vorschläge, die den Menschen den Weg hin zu den eigenen vier Wänden erleichtern, sind zu begrüßen.

Eigentum fördern und soziale Treffsicherheit sicherstellen

Dass es in der gesamten Wohnpolitik ein grundlegendes Umdenken braucht, steht für den ÖHGB schon lange fest. „Gerade im sozialen Wohnbau ist die Treffsicherheit im derzeitigen System schon seit langer Zeit Geschichte“, sagt Prunbauer und führt weiter aus: „Die uns bekannten Zahlen über die Verteilung der Einkommensverhältnisse in Genossenschafts- und Gemeindewohnungen machen mehr als nur deutlich, dass die gegenwärtige Belegung im sozialen Wohnbau nichts mehr mit Gerechtigkeit gemein hat. Das derzeitige System der Objektförderung unterstützt zu einem Großteil den falschen Personenkreis. ‚Menschen fördern statt Mauern‘ ist das Gebot der Stunde“.

Rund 60% der Österreicherinnen und Österreicher leben im Eigentum. Der überwiegende Teil der restlichen 40% strebt danach. Die politischen Entscheidungsträger wären gut beraten hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen und finanziellen Möglichkeiten zu schaffen. „Gerade im sozialen Wohnbau ist Gerechtigkeit gefragt.“ fordert der Präsident des Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbundes und richtet seinen Appell an die Politik: „Dazu müssen auch hier die Mieten auf ein angemessenes Maß angehoben werden und nur jene – egal ob im privaten oder öffentlichen Mietsektor untergebracht – unterstützt werden, die gegen Einkommensnachweis tatsächlich unterstützungswürdig sind.“

(Quelle: ÖHGB-Aussendung via APA-OTS, 15.6.2016, Wien)